



## **Twesten fordert Fracking-Verbot**

**„Alle Anzeichen stehen auf Risiko“**

26.04.2016



**Landkreis Rotenburg (r/nin). Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) soll die laufende Förderung im Erdgasfeld Völkersen einstellen: Das forderte die Grünen-Landtagsabgeordnete Elke Twesten zusammen mit ihrer Bundestagskollegin Julia Verlinden in einer Pressemitteilung. Hintergrund ist das Erdbeben mit Epizentrum auf eben jenem Erdgasfeld am vergangenen Freitag.**

„Das am Freitag aus Völkersen gemeldete Erdbeben mit einer Stärke von 3,2 ist angesichts

der vielen Gefahren, denen die Menschen hier in der Region schon seit Jahren ausgesetzt sind, der letzte Tropfen, der das Fass nun endgültig zum Überlaufen bringt“, so Twesten. „Was muss denn noch passieren, damit die große Koalition in Berlin endlich aufwacht und eine klare und eindeutige Entscheidung im Sinne der Vorsorge für die Menschen vor Ort fällt?“ Das LBEG selbst habe einen Zusammenhang zwischen Erdgasförderung und Erdbeben schon beim letzten signifikanten Beben der Stärke 2,8 im Jahre 2012 nicht ausgeschlossen, heißt es in der Pressemeldung weiter.

In Niedersachsen träfen ständig neue Meldungen über Erdbeben rund um niedersächsische Förderstätten ein, heißt es in dem Schreiben weiter. Auch die Liste der Gefährdungen von drohenden Verunreinigungen der Trinkwasserreservoirs über Krebserkrankungen, Boden- und Luftverunreinigungen wird immer länger.

Das lasse die Abgeordneten von SPD und CDU bisher offenbar kalt, kritisiert Verlinden. „Während Herr Grindel von der CDU sich auf [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) zum Fracking-Verbot nicht einmal beteiligt, hat Herr Klingbeil sich dort enthalten“, so die Kritik von Twesten und Verlinden.

Im Kontext der gesamten Gefährdungslage in der Region Rotenburg/Verden habe die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen angekündigt, in der Plenarsitzung am

Um Ihnen ein besseres Nutzererlebnis zu bieten, verwenden wir Cookies. Durch Nutzung unserer Dienste stimmen Sie unserer Verwendung von Cookies zu.

[Mehr erfahren](#)

[Hinweis schließen](#)

konsequentes Fracking-Verbot abstimmen zu lassen. Für die Fracking-Gegner unter den Abgeordneten von CDU und SPD sei das die Chance, sich zu ihren Überzeugungen zu bekennen.

„Nach wie vor sind wir der Auffassung, dass die Sicherheit von Menschen eindeutig Vorrang vor Wirtschaftsinteressen haben muss, da der energiepolitische Nutzen des Fracking in keinem Verhältnis zu den damit verbundenen Risiken steht“, so die beiden Politikerinnen. „Wir fordern die Bundesregierung auf, die schon jetzt deutlichen Hinweise ernst zu nehmen und alles in ihrer Macht stehende zu tun, um jegliche Gefahrenlage, die von dieser Technologie ausgeht, von der Bevölkerung abzuwenden“ so die beiden Politikerinnen. „Unterm Strich bleibt nur das Fracking-Verbot, wir diskutieren seit fünf Jahren, alle Anzeichen stehen auf Risiko, es ist höchste Zeit, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.“